

Man kann kein Vaterland haben, wenn man nicht auch mit seinen Spießbürgern und Nachtwächtern zu leben bereit ist. So ist es auch bei der Kirche.

Karl Rahner

Abschied von der Volkskirche?

In den siebziger Jahren war vor allem unter Pastoraltheologen in der Bundesrepublik eine lebhafte Diskussion darüber im Gange, ob es nicht an der Zeit sei, die *Umwandlung* der abbröckelnden *Volkskirche* in eine „*Gemeindekirche*“ zur Leitvorstellung kirchlichen Handelns zu machen. Etwa zur gleichen Zeit stand das Thema Volkskirche auch auf der Tagesordnung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Im katholischen Bereich hing die Diskussion damals primär mit der Entdeckung nicht nur des Terminus, sondern vor allem der *Dimension Gemeinde* zusammen, wie sie sich nicht zuletzt in den Beschlüssen der Würzburger Synode niedergeschlagen hat; daneben war sie auch Ergebnis der Wahrnehmung eines veränderten Stellenwerts von Glaube und Kirche in der Gesellschaft. Auf protestantischer Seite konnte man auf eine erheblich längere und intensivere Beschäftigung mit Begriff und Problem der Volkskirche zurückblicken, verursacht nicht zuletzt durch die früher einsetzende Erosion des kirchlichen Lebens und eine ausgeprägtere Offenheit für die konkrete soziale Verfassung von Kirche.

Das Thema hat in der Zwischenzeit weder für Katholiken noch für Protestanten an Bedeutung verloren, auch wenn sich manche Kontroversen vergangener Jahre totgelaufen oder zu Recht erledigt haben. So unbestimmt-vieldeutig der Begriff Volkskirche sein mag, er muß zumindest als Problemanzeige überall dort auftauchen, wo nach der Situation der Kirche in dieser Gesellschaft und nach ihrer zukünftigen Entwicklung gefragt wird.

Diffuses Erscheinungsbild

Es ist kein Wunder, daß viele Überlegungen über den Weg, den die Kirchen hierzulande in Verkündigung, Seelsorge, Diakonie oder gesellschaftlichem Engagement einschlagen sollten, zur Empfehlung eines mehr oder weniger überzeugenden „sowohl – als auch“ führten: von „Sammlung und Sendung“ war die Rede, von einer *Dop-*

pelstrategie, die sich um lebendige Kerngruppen ebenso bemühen müsse wie um den Kontakt zu den Distanzierten; man dürfe geschichtlich entstandene Einflußmöglichkeiten und Institutionen nicht mutwillig aufgeben, solle aber gleichzeitig nach neuen Wegen der Verkündigung und Seelsorge suchen. Solche Formeln sind zwar oft Ausdruck der Verlegenheit, entsprechen aber durchaus einem Verhältnis von Kirche und Gesellschaft, das sich auch im Blick auf mögliche Aussichten für die Zukunft recht *diffus* und *vielschichtig* präsentiert.

Einige wenige Stichpunkte müssen zur Kennzeichnung genügen: Die Kirchen werden als *Institutionen* und in den öffentlichen Dienstleistungen, die sie erbringen, nach wie vor weithin akzeptiert, ihr vorteilhafter rechtlicher Status wird gegenwärtig kaum ernsthaft angefochten. An der nominellen Zugehörigkeit der übergroßen Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung zu einer der beiden großen Kirchen hat sich auch in den vergangenen Jahren nichts verändert. Die Zahlen für den Gottesdienstbesuch haben sich nach beträchtlichen Rückgängen in beiden Kirchen stabilisiert. Gleichzeitig wird aber durch alle einschlägigen Erhebungen wie durch die alltägliche Erfahrung belegt, daß für die Mehrzahl der Kirchensteuerzahler *kirchliche Orientierungsvorgaben* im Alltagsleben nur eine *sehr bescheidene Rolle* spielen und ihre religiösen Vorstellungen vom Glauben der Kirche oft beträchtlich abweichen. In den Gemeinden engagiert sich nur eine unterschiedlich große Minderheit.

Diesem „volkskirchlichen“ Befund korrespondiert die *offizielle kirchliche Praxis* auf ihre Weise: Die Kirchen halten von sich aus bewußt an ihrem rechtlichen Status fest und nehmen ihre Möglichkeiten zur Einflußnahme und Mitsprache als gesellschaftliche Großgruppen wahr. Sie verstehen sich nach wie vor als „Kirche für alle“, in der alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung Platz finden können. In der Sakramentenspendung bzw. bei den Kasualien werden durchweg *großzügige Maßstäbe* ange-

legt: das gilt für Taufe, Erstkommunion und kirchliche Trauung wie für die Konfirmation. Die Kirche ist in ihren Repräsentanten überall dort präsent, wo ihre Anwesenheit gewünscht und erwartet wird, bemüht sich um Kontakte zu allen Institutionen und Organisationen, betreut beispielsweise Soldaten und Zivildienstleistende.

Es wäre allerdings ungerecht, würde man nicht auch *andere Aspekte* einbeziehen. Man ist sich in den Kirchen durchaus der Diskrepanz zwischen der institutionellen Präsenz und dem gesamtgesellschaftlichen Anspruch des Christentums auf der einen und der faktischen Distanz eines großen Teils der Bevölkerung auf der anderen Seite zu den Inhalten und den Grundvollzügen des christlichen Glaubens durchaus bewusst. Die *Palette der Reaktionen* auf diese Diskrepanz ist allerdings *sehr breit*: Sie reicht vom Rückzug in religiöse Gettos über Versuche, traditionellen Formen der Frömmigkeit und Pastoral wieder Geltung zu verschaffen bis zu den verschiedenartigsten Bemühungen um die Verlebendigung und Aktivierung von Ortsgemeinden oder um die Förderung neuer spiritueller Gruppen und Bewegungen. Schließlich haben die Kirchen auch den *Anspruch* nicht aufgegeben, wie er etwa im diesjährigen Katholikentagsmotto „Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt“ zum Ausdruck kommt, nämlich durch die Rückbesinnung auf Grundimpulse des Glaubens missionarische Kraft zu gewinnen, durch die das Christentum wieder stärker und identifizierbarer in die Gesamtgesellschaft ausstrahlen kann, ohne sich allerdings der Möglichkeiten und Mittel zur Verwirklichung dieses Anspruchs sehr sicher zu sein.

Alternativkonzept Basiskirche?

Es ist angesichts der unleugbaren Bruchstellen und Spannungen in dieser Symbiose von Kirche und Gesellschaft nicht überraschend, daß seit einiger Zeit die Volkskirche in ihrer bundesrepublikanischen Ausprägung neu und grundsätzlich in Frage gestellt wird. Schaut man genauer hin, sind es vor allem *drei Argumente*, die gegen das Institut Volkskirche vorgebracht werden, wobei alle drei miteinander zusammenhängen: Die Volkskirche, so das erste, verhindere die vom Evangelium geforderte Distanz zu gesellschaftlichen Normen und Strukturen durch Anpassung und Kompromisse. Sie verwässere die notwendige Identität und Erkennbarkeit einer an Person und Sache Jesu Christi orientierten Glaubenspraxis und leiste der Degeneration zu einer bürgerlichen Religiosität Vorschub, die niemandem wehtun wolle. Schließlich, so das dritte Argument, sei die Volkskirche zu sehr Bürger-, Betreuungs- und Dienstleistungskirche, zu sehr von Institution und Ritual und nicht vom Volk geprägt, auf das sie sich immer berufe.

Solche kritischen Einsprüche speisen sich teilweise aus theologischen Quellen: Man denke an *Johann Baptist Metz* und seine Forderung nach einer „nachbürgerlichen Basiskirche“, die an die Stelle der „bürgerlichen Servicekirche“ treten müsse. Auf evangelischer Seite hat beispielsweise

Jürgen Moltmann der Volkskirche vorgeworfen, sie sei nur mehr eine öffentliche Institution zur Verwaltung von Religion. Für den Gegenentwurf einer Basiskirche beruft man sich meist auf die *Erfahrungen von Basisgemeinden und -gruppen* in der Dritten Welt wie in europäischen Kirchen. Als konkreter Erfahrungshintergrund für Reformforderungen kann aber auch die „Integrierte Gemeinde“ dienen: *Norbert Lohfink* fragt in seinem Buch „Kirchenträume“ (Freiburg 1982): „Wie weit lebt in unseren Gemeinden und in der ganzen Kirche überhaupt noch das Bewußtsein, daß sie die Aufgabe hätten, innerhalb der Gesamtgesellschaft und zugleich deutlich von ihr abgehoben wirklich eine eigene Gesellschaft in allen denkbaren Dimensionen einer solchen zu sein?“ (88). Die genannten Anfragen und Gegenentwürfe gehen damit über die Forderung nach einer „Freiwilligkeitskirche“ oder „Gemeindekirche“ hinaus, auch wenn Elemente aus beiden Konzeptionen eine Rolle spielen: Gefordert wird vielmehr eine Kirche, die auf Privilegien und Kompromisse verzichtet, sich nicht anpaßt, sondern in deutlicher Distanz zu den gesellschaftlichen und politischen Mächten unmißverständlich und gleichzeitig zeugniskräftig nach dem Evangelium lebt.

Man kann keinesfalls bestreiten, daß diese Einsprüche wirklich den Finger auf Wunden gerade unserer Kirchen legen. Ebenso unbestritten ist, daß die Kirche auf solche Anstöße um ihres Auftrags willen immer wieder angewiesen ist. Soweit den Forderungen nach einer Transformation der Volkskirche konkrete Erfahrungen aus einzelnen Gruppen oder Gemeinden zugrunde liegen, müssen diese ernst genommen werden.

Allerdings ist zumindest in zweifacher Hinsicht *Vorsicht angebracht*. Zum einen mutet vieles von dem, was an Plädoyers für eine neue Sozialform der Kirche in der Bundesrepublik vorgebracht wird, angesichts der faktischen Verhältnisse recht *wirklichkeitsfremd* an, wie es auch schon mit dem vor Jahren favorisierten Konzept einer Gemeindekirche der Fall war. Wo gibt es denn ernsthafte Anzeichen oder Aussichten dafür, daß sich auf breiter Front das Kirchenvolk „von unten“ in Richtung etwa auf eine „nachbürgerliche Kirche“ neu organisieren würde, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß sich das in einer Vielzahl konkreter Formen vollziehen könnte? Borgt sich nicht ein Schlagwort wie „Kirche von unten“ seine Attraktivität zum Teil von den alternativen Bewegungen im gesellschaftlichen Raum, ohne daß in der Kirche in erkennbarer Breite Ähnliches bemerkbar würde?

Die geringe Aussicht auf Verwirklichung allein ist kein durchschlagendes Argument gegen die Richtigkeit einer zugegebenermaßen realutopischen Zielvorstellung. Schwerer wiegt denn auch ein zweiter Gesichtspunkt. Die Gefahr liegt nahe, daß mit der Forderung nach einer tiefgreifenden Transformation der Volkskirche *Erwartungen an die Kirche und an den Glaubensvollzug* verbunden werden, die auch bei größerem Engagement und entschiedenerem Glaubenszeugnis von einzelnen und Gruppen *schwerlich einzulösen* sind. So wird die Antwort auf die entscheidende Frage, was es denn gegenwärtig heißt, als

Christ zu leben und welche Konsequenzen für den privaten Lebensstil und die gesellschaftlichen Aufgabenfelder sich daraus ergeben, durch eine grundlegend veränderte Sozialform von Kirche nicht unbedingt einfacher. Von einer Basiskirche mag man eindeutiger, weniger ausweichend-kompromißhafte politische Optionen erwarten; aber ist damit der oft mühevoll streit darüber, welche Entscheidungen vom christlichen Glauben her möglich sind, schon überflüssig? Schließlich sollte man auch „Kirchenräume“, die aus der Erfahrung einzelner Gruppen oder Gemeinden ihre Nahrung ziehen, nicht zu schnell der Gesamtkirche als Rezept empfehlen und damit die unvermeidlicherweise oft sehr alltäglich-klägliche Wirklichkeit mit dem Idealbild einer „Alternativgesellschaft“ kontrastieren.

Nicht die Sozialform ist entscheidend

Solche Einwände gegen das, was gegenwärtig an grundsätzlicher Kritik an der Volkskirche und an Alternativenkonzeptionen gehandelt wird, zielen nicht auf eine schlichte Rechtfertigung des kirchlichen Status quo. Sie können aber dazu dienen, die *Perspektiven*, unter denen nach der Stellung der Kirche in unserer Gesellschaft und nach ihrer zukünftigen Entwicklung gefragt wird, *zurechtzurücken*. Dazu gehört zunächst eine möglichst *klare und ehrliche Einschätzung der Situation*: Es führt nicht weiter, wenn man sich in den Kirchen mit der Stabilität des volkskirchlichen Rahmens tröstet, dabei aber die besorgniserregenden Erosionserscheinungen zu gering veranschlagt. Ebenso wenig sind Illusionen hinsichtlich der Möglichkeiten religiös-spiritueller Erneuerung und der Wiedererlangung missionarischer Ausstrahlungskraft angebracht. Schließlich sollten die Spannungen und Ungleichzeitigkeiten, die sich aus dem volkskirchlichen Nebeneinander ergeben, offen eingestanden und nicht verwischt oder überdeckt werden. Das ist keineswegs selbstverständlich: Die Versuchung liegt nahe, aus der Not eine Tugend zu machen, indem man sich aus dem vielschichtigen Gebilde Volkskirche jeweils den Aspekt herausgreift, der der eigenen Absicht oder Beweisführung jeweils entgegenkommt.

Es braucht aber vor allem die Einsicht, daß weder volkskirchliche Offenheit und gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten noch die Gewinnung bewußter Christen und die Bildung lebendiger Gemeinden oder die Bemühungen um eine Basiskirche *Selbstzweck* sind. Das schließt nicht aus, sondern gerade ein, daß man sich nicht mit Kirche als bloßer Institution oder gar als bürokratischem Apparat begnügt, sondern verstärkt um die Schaffung von Gruppen und Gemeinden bemüht ist, in denen Glaube identifizierbar gelebt, gefeiert und weitergegeben werden kann. Trotzdem ist es notwendig, vor jeder Spielart von *Kirchenzentriertheit* zu warnen, damit nicht immer wieder an unnötigen oder falschen Fronten gestritten wird.

Das bedeutet für die längst noch nicht ausgestandene Diskussion um die Zukunft der Volkskirche: Das Wichtigste

ist nicht der Streit um die Sozialform der Kirche, sondern *Klarheit über ihren eigentlichen Auftrag*. Er besteht, kurz gesagt, darin, den christlichen Glauben in seinen verschiedenen Vollzügen lebendig zu machen. Dazu gehört eine Doppelbewegung, die mit einem Wortpaar wie Sammlung und Sendung durchaus zutreffend beschrieben werden kann: *Sorge um die Identität des Glaubens* im Kontakt mit der Überlieferung und im gegenseitigen Austausch der Glaubenden ebenso wie *Vermittlung mit der zeitgenössischen Lebenswelt*, die sich je nach den Umständen in Anknüpfung wie Widerspruch vollziehen muß. Identität des christlichen Glaubens und Handelns ist nichts, das fest und unbezweifelbar vorgegeben wäre und auf das sich entweder das Amt in der Kirche oder einzelne Gruppen oder Strömungen als eindeutigen, sicheren Besitz berufen könnten; vielmehr muß darum immer neu gerungen werden. Schon jeder Blick in die Theologie- und Kirchengeschichte, gleich in welcher Epoche, beweist das zur Genüge.

Daraus folgt, daß die Kirche ständig dazu herausgefordert ist, die konkreten Formen ihrer institutionellen Präsenz in der Gesellschaft *ehrblich daraufhin zu prüfen*, ob sie dem eigentlichen Auftrag dienen oder ihm im Weg stehen. Das heißt, daß gesellschaftliche Privilegien und Wirkungsmöglichkeiten für die Kirche nur so lange sinnvoll sind, wie es durch sie gelingt, etwas vom Eigentlichen der christlichen Botschaft zu vermitteln oder zumindest auf es aufmerksam zu machen. Das heißt auch, daß die Kirche den Mut zu Experimenten beispielsweise mit neuen Gemeindeformen oder spirituellen Bewegungen braucht, ja sogar dazu ermuntern sollte. Letztlich hat es also wenig Sinn, eine Diskussion über Volkskirche oder Basiskirche *global* zu führen; der Bruch der Kirchen hierzulande mit all dem, was man ihrem volkskirchlichen Status zurechnet, drängt sich keineswegs so zwingend auf, wie es von manchen Kritikern gefordert wird. Wohl müßte man Punkt für Punkt immer wieder abklopfen, worauf sich die Kirche einlassen soll und worauf nicht, was sie gutheißen und was sie verurteilen soll. Das gilt für die Sakramentepastoral wie für die kirchliche Bildungsarbeit, für das Verhältnis der Kirche zur Sicherheitspolitik wie zu den neuen Medien.

Solche Überlegungen können allerdings den *Faktor Zukunft* nicht außer acht lassen. Es ist noch längst nicht ausgemacht, in welcher Richtung sich unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in bezug auf ihr christliches Erbe und dessen Stellenwert entwickeln wird. Die neuzeitliche Säkularisierung ist ein vielschichtiger und schwer berechenbarer Prozeß, der verschiedene zukünftige Entwicklungslinien möglich erscheinen läßt. Ob die Kirche sich hierzulande in Zukunft durch eine Basisbewegung so etwas wie ein neues „Volk“ wird schaffen können, ob sie auf eine kleine Herde in feindseliger oder gleichgültiger Umgebung zusteuert oder ob sie sich in eine diffuse gesellschaftliche Religiosität hinein auflöst, das ist nicht allein eine Frage der Prioritäten, die sie selber setzt.

Ulrich Rub